

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/2383 —

Technikfolgenabschätzung und -bewertung

zu dem Antrag der Abgeordneten Roth, Vosen, Lutz, Catenhusen, Fischer (Homburg), Grunenberg, Hansen (Hamburg), Dr. Kübler, Nagel, Stahl (Kempen), Stockleben, Vahlberg, Buschfort, Dreßler, Egert, Glombig, Heyenn, Kirschner, Peter (Kassel), Reimann, Schreiner, Frau Steinhauer, Urbaniak, Weinhofer, von der Wiesche, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/2517 —

Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung

A. Problem

Mit beiden Anträgen wird die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Technikfolgenabschätzung und -bewertung“ bzw. „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung“ verlangt, die sich aus neun Mitgliedern des Deutschen Bundestages und sechs Sachverständigen zusammensetzen soll. Beide Anträge sind in ihrer Grundtendenz im wesentlichen deckungsgleich, wobei der Antrag der Fraktion der SPD die künftige Enquete-Kommission als ein Instrumentarium verstanden wissen will, das außer der Verbesserung des Informations- und Wissensstandes des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien Einwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Prozeß der technischen Entwicklung aufzeigen soll.

B. Lösung

Auf beide Anträge wird nur eine Enquete-Kommission eingesetzt, die den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Auftrag erhält.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Zur Vorbereitung technologiepolitischer Entscheidungen des Deutschen Bundestages wird eine Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ gemäß § 56 GO-BT eingesetzt.

Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, Informations- und Wissensstand des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien zu verbessern, für die in Zukunft ein politischer Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.

In diesem Rahmen hat sie insbesondere Auswirkungen technischer Entwicklungen

- auf Struktur und Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft unter Berücksichtigung ihrer Folgen für die natürliche Umwelt,
- auf die quantitative und qualitative Veränderung der Beschäftigung sowie der Arbeitsplätze,
- auf die demokratischen und sozialen Strukturen innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen insgesamt

zu beraten und dem Deutschen Bundestag über das Ergebnis ihrer Beratungen zu berichten.

Die Enquete-Kommission erfüllt ihren Auftrag, indem sie Auswirkungen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts anhand von Einzeltechnologien untersucht, bei denen für den Deutschen Bundestag ein dringender Beratungs- und Entscheidungsbedarf besteht.

- II. Die Enquete-Kommission hat ferner die Aufgabe, Vorschläge zu erarbeiten, ob und gegebenenfalls in welcher organisatorischen Form das Thema „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ im Deutschen Bundestag weiterbehandelt werden kann.
- III. Die Enquete-Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Verhältnis 4 : 3 : 1 : 1 für das Benennungsrecht der Fraktionen zusammen. Die von den Fraktionen zu benennenden Abgeordneten sollen ein möglichst breites Spektrum von Politikfeldern abdecken. Weitere Mitglieder der Enquete-Kommission sind sechs nicht dem Deutschen Bundestag oder der Bundesregierung angehörende Sachverständige.
- IV. Die Enquete-Kommission soll über das Ergebnis ihrer Arbeit bis zum 31. Dezember 1986 einen Bericht vorlegen.

Bonn, den 27. Februar 1985

Der Ausschuß für Forschung und Technologie

Frau Dr. Bard

Vorsitzende
und Berichterstatterin

Lenzer

Berichterstatter

Vahlberg

Dr.-Ing. Laermann

Bericht der Abgeordneten Lenzer, Vahlberg, Dr.-Ing. Laermann und Frau Dr. Bard

I.

Beide Anträge sind in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 1984 an den Ausschuß für Forschung und Technologie federführend sowie an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 16. Januar 1985 beide Anträge abschließend beraten und einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen empfohlen, sie zusammenzuführen und einen übereinstimmenden Beschluß zu fassen.

Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hat in seiner Sitzung am 25. Januar 1985 eine von den Berichterstattern im Ausschuß für Forschung und Technologie erarbeitete Beschlußempfehlung, die der nunmehr vorgelegten entsprach, abschließend beraten. Er hat gegen die Einsetzung der Enquete-Kommission keine rechtlichen Bedenken erhoben, jedoch vorgeschlagen, in einem gesonderten Punkt hervorzuheben, daß die Enquete-Kommission ferner Vorschläge erarbeiten soll, ob und gegebenenfalls in welcher organisatorischen Form das Thema „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen“ im Deutschen Bundestag weiterbehandelt werden kann.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 6. Februar 1985 einstimmig beschlossen, dem ihm ebenfalls zugeleiteten Beschlußentwurf des Technologieausschusses zuzustimmen.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat seine Beratungen in seiner Sitzung am 27. Februar 1985 abgeschlossen und einstimmig die dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorgelegte Beschlußempfehlung verabschiedet.

II.

Die Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen sind sowohl international als auch in der Bundesrepublik Deutschland zu festen Begriffen in der technologiepolitischen Diskussion geworden. Mit der Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen sollen der öffentlichen Diskussion über wissenschaftlich-technische Probleme und der politischen Entscheidung, vor allem der Parlamente, unabhängige Entscheidungshilfen gegeben werden. Die Formen, in denen dies organisiert wird, sind in jedem Land verschieden; meist wird noch nach praktikablen Lösungen gesucht. Die Auswirkungen der Technik erfassen immer breitere Felder des Arbeitslebens und anderer Lebensbereiche. Die Abhängig-

keiten aller politischen Entscheidungen von den technischen Entwicklungen verändern sich sowohl qualitativ wie quantitativ. Die Sachzwangautomatik führt dazu, daß immer weniger Experten auf einzelnen Technik- und Politikfeldern die Entwicklung des Gemeinwesens dominieren. Demgegenüber fehlt es in der Bundesrepublik Deutschland bislang an einer Institution, die dem Deutschen Bundestag in seinen vielfältig auf die Technikentwicklung Einfluß nehmenden (z. B. durch Mittelbereitstellung) und technikabhängigen (z. B. Volkszählung) Entscheidungen unabhängig informierend und beratend zur Seite steht.

In der 8. Wahlperiode konnte grundsätzliches Einvernehmen zwischen allen Fraktionen darüber erzielt werden, daß der Deutsche Bundestag bei der Feststellung und Bewertung forschungspolitischer und technologischer Entwicklungen einer wirksamen, sachkundigen Unterstützung bedarf — Drucksache 8/2629 (neu). Bei forschungs- und technologiepolitischen Entscheidungen des Parlaments müssen künftig verstärkt systemanalytische Ansätze und Fragen der politischen Bewertung berücksichtigt werden. Die zunehmenden Aufgaben und Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik und eine der Bundesregierung nahezu unbegrenzt zur Verfügung stehende Zahl von Gutachtern stellen an die parlamentarische Diskussion — aber auch Kontrolle — Anforderungen, die mit den dem Parlament zur Verfügung stehenden Verfahren und Einrichtungen nicht mehr hinreichend und angemessen erfüllt werden können. Die zur Zeit bestehenden sowohl dem Parlament direkt verantwortlichen Einrichtungen als auch andere Behörden und Dienste sind weder dafür vorgesehen noch dazu hinreichend ausgestattet, die Legislative umfassend, rechtzeitig und unabhängig über technologische Entwicklungen und ihre möglichen Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Lebensbedingungen der Bürger zu unterrichten und zu beraten. Die Veränderungen und raschen Entwicklungen in Wissenschaft, Forschung und Technik sind in ihren Folgen so weitreichend und tiefgreifend, daß eine Verbesserung der parlamentarischen Beratung in diesem Bereich immer dringlicher geworden ist. Einerseits nehmen Wissenschaft und Technik Einfluß auf die Politik; andererseits werden viele wissenschaftliche und technische Entwicklungen durch politische Entscheidungen geregelt, gefördert oder auch eingeschränkt. Beide Aspekte führen zu der Forderung, daß mehr Informationen aus der Wissenschaft und Technik in den politischen Bereich einfließen, soweit sie als Grundlagen zur Vorbereitung von Entscheidungen dienen können.

Der technologische Wandel ist nicht nur eine Angelegenheit der Wissenschaftler, Techniker und der Technologiepolitik. Er muß sich einbetten lassen in

die gesamte übergreifend betrachtete Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Der technologische Wandel ist ebenfalls kein Ereignis, das wir fatalistisch entgegennehmen müssen. Deshalb genügt die Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen nicht. Es bedarf der Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung.

Mit der Einsetzung dieser Enquete-Kommission soll ein erster Beitrag zu der notwendigen, umfassenden Diskussion des technologischen Wandels geleistet werden.

Wie der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung geht der Ausschuß für Forschung und Technologie davon aus, daß mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ nicht endgültig festgelegt ist, in welcher Organisationsform in künftigen Wahlperioden der Deutsche Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen soll. Deshalb soll die Enquete-Kommission auch den Auftrag erhalten, Vorschläge über künftige Organisationsformen vorzulegen.

Bonn, den 27. Februar 1985

Lenzer Vahlberg Dr.-Ing. Laermann Frau Dr. Bard

Berichterstatter

